

**Call for Papers für die Jahrestagung des DVPW Arbeitskreises „Politik und Religion“
(in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Politik und Recht“)**

Politik, Ethik und Religion – auf der Suche nach der *guten* Ordnung

22.–24. März 2018, Katholische Akademie Berlin

In der Frage nach dem *guten* Leben und der entsprechenden Ordnung, die dieses ermöglichen soll, treffen sich *Politik*, *Ethik* und *Religion*. Während Politik Entscheidungen auf der Basis von Machtverhältnissen herbeiführt, stellen Ethik und Religion normative Maßstäbe zur Verfügung, die helfen sollen, diese Entscheidungen entsprechend zu bewerten bzw. zu legitimieren. Dazu bedarf es jedoch deren Unabhängigkeit. Ob eine politische Ethik, ebenso wie eine politische Religion, dies leisten kann, gilt es zu hinterfragen.

Für das richtige Verhältnis von Politik, Ethik und Religion gilt es einige Herausforderungen zu bewältigen: Während politische Macht mit einer, wie auch immer begründeten, politischen Identität und einem Innen und Außen des politischen Raums einhergeht, transzendieren Ethik und Religion ihrem Selbstanspruch nach diese politischen Grenzen, beispielsweise durch die Orientierung an universalistischen Prinzipien. Die Aufgabe des Rechts ist es dann, universalistische Prinzipien und politische Ordnung in Einklang zu bringen. So können sich politische Ordnungen auf die gleichen universalistischen Prinzipien auf unterschiedliche Art und Weise beziehen. In den (rechtlichen) Begründungen dieser Bezugnahme spiegelt sich das, was mit einer *Ethik des Politischen* beschrieben werden kann. Inwiefern diese Ethik durch ein religiöses Erbe eingefärbt ist, lässt sich sowohl historisch als auch kulturell begründen.

Das Interesse am Verhältnis von Politik, Ethik und Religion hat in den letzten Jahren zugenommen. Das Ergebnis von Technologisierung, Digitalisierung und Individualisierung sind zunächst Pluralismus und funktionale Differenzierung. Die politische Ordnung ist hier gefordert, nicht nur einen Rahmen zur individuellen Glückssuche bereitzustellen, sondern mitzubestimmen, was gutes Leben ausmacht. An Beispielen für entsprechende politische Konflikte, in denen sich insbesondere die ethischen Positionen von Kirchen und Religionsvertretern widerspiegeln, mangelt es nicht: Allein die Politik der Bundesrepublik der letzten Jahre reicht in alle zentralen Stationen des Lebens hinein. Zu nennen sind hier die Debatte um die Präimplantationsdiagnostik, die Debatte um die Ehe für alle sowie um Sterbehilfe. Die an diese Debatten sich anschließenden parlamentarischen Entscheidungen wurden öffentlich als ‚Gewissensentscheidungen‘ ausgewiesen, bei denen den politischen Parametern, wie Partei und Fraktion, vermeintlich nur ein relativer Stellenwert zugestanden wird. Inwiefern hier ethische oder doch politisch-strategische Überlegungen eine Rolle spielten, ist eine sehr relevante empirische Frage.

Die Tagung will nun die komplexe Beziehung von Politik, Ethik und Religion systematisch in den Blick nehmen. Dabei soll der Blick auf die folgenden drei Hauptaspekte gelenkt werden:

- 1) *Der theoretische Aspekt:* Welche theoretischen und ideengeschichtlichen Konzepte und Ansätze dienten in der Vergangenheit und Gegenwart zur Legitimation und Analyse des Zusammenhangs von Politik, Ethik und Religion?
- 2) *Der empirische Aspekt:* Mithilfe welcher Fallstudien ist ein solcher Nexus nachzuweisen/zu illustrieren, welchen Rolle spielten dabei jeweils konkret Kirchen und religiöse Akteure?
- 3) *Der vergleichende Aspekt:* Welche Erkenntnisse über vorhandene Parallelen und Unterschiede bzw. über (Dis-)Kontinuitäten lassen sich in diesem Kontext über einen Länder- und Regionenvergleich bzw. aus der historischen Entwicklung heraus gewinnen?

Der Arbeitskreis „Politik und Religion“ versteht sich als interdisziplinäres Forum für alle, die sich mit dem Verhältnis beider Sphären beschäftigen. Erwünscht sind entsprechend Beiträge aus allen Disziplinen, insbesondere aus den Sozialwissenschaften (Soziologie und Politikwissenschaft), der Theologie und der Rechtswissenschaft.

Im Nachgang der Tagung ist eine Veröffentlichung der verschriftlichten Vorträge geplant. Hierfür eingereichte Beiträge werden im peer-review-Verfahren begutachtet.

Vorschläge von nicht mehr als 500 Wörtern senden Sie bitte bis zum **15. Dezember 2017** an Dr. Stefanie Hammer (stefanie.hammer@uni-erfurt.de).

Die Tagung wird gemeinsam mit dem DVPW Arbeitskreis „Politik und Recht“ sowie der Katholischen Akademie Berlin veranstaltet.